

Bezugspreis:

Vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 1 M., einjährig 10 M., halbjährig 5 M., einjährig 10 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, England, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelgenpreis:

Die achtgrößte Zeitung Deutschlands... Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 88, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Bestellungen 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Donnerstag, den 24. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Simons im Reichswirtschaftsrat.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen trat der Reichswirtschaftsrat in seiner heutigen Sitzung in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt ist Stellungnahme zur Londoner Konferenz. Nach längeren Ausführungen des Vorsitzenden Edlen v. Braun ergreift Minister Simons das Wort. Reichsminister Dr. Simons führt u. a. aus:

Von der deutschen Arbeit wird außerordentliches durch die Pariser Beschlüsse gefordert. Die Vertreter der deutschen Arbeit sind es in erster Linie, die gehört werden müssen und die auf die Anforderungen eingehen müssen. Nach der Tagesordnung handelt es sich um Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zu den Pariser Beschlüssen und zur Londoner Konferenz. Die Pariser Beschlüsse sehen sich zum großen Teil aus den Entwaffnungsfragen zu einem kürzeren Teil aus den Reparationsfragen zusammen. Ich wiederhole den Grundgedanken, den ich in meiner Reichstagsrede ausgedrückt habe. Die Grundlagen meiner Ausführungen waren dabei, daß die Reichsregierung gewillt ist,

die Entwaffnungsverpflichtungen.

Die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa uns auferlegt habe, in der Form, wie sie jetzt in ihrem mäßigen Termine dem deutschen Volke in Paris auferlegt sind, sozial innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages zu erfüllen. Wir haben uns ja militärisch so ziemlich bis aufs Hemd ausgezogen. (Sehr richtig) Es ist meiner Ansicht nach eine vollkommene Verzerrung des Tatbestandes, wenn man immer noch davon spricht, daß die Gefahr bestünde, daß wir militärisch angegriffen könnten. Nach dem, was uns übrig geblieben ist, können wir mit knapper Not den ruhigen Gang unserer wirtschaftlichen Produktion gewährleisten (Widerpruch), aber von einem militärischen Angriff auf fremde Völker kann unter ernsthaften Leuten keine Rede mehr sein. (Wohlfühlte Zustimmung) Soweit sich in der Durchführung die Entwaffnungsverpflichtungen unter der Kontrolle der Internationalen Kommission befinden, werden diese in großer Zahl in den Pariser Beschlüssen wiedergegeben sind, werden diese Anstände nach Kräften beseitigt werden, allerdings immer mit dem Hinblick auf das, was uns der Friedensvertrag auferlegt.

Es gibt aber unter diesen Umständen, abgesehen von vielen Anfechtungen und Allgemeinheiten auch einige, wo wir der Ueberzeugung sind, daß unter dem Deckmantel der militärischen Abrüstung eine wirtschaftliche und industrielle Herabdrückung der deutschen Leistungsfähigkeit bezweckt ist. (Sehr richtig) Darum ist auch der Reichswirtschaftsrat interessiert, daß hier versucht wird.

eine Verständigung auf der Basis des Friedensvertrages

zu erzielen und den Gegnern zu sagen: Ihr geht hier über das Maß eurer Rechte hinaus. Ich will nur hinweisen auf die Frage der Dieselmotoren, die noch immer nicht im Sinne unserer Auffassung geklärt ist, auf die eigentümlichen Methoden, mit der jetzt die Durchführung der Bestimmungen behandelt wird, wonach wir verpflichtet sind, gewisse militärische Methoden und Verfahren unseren Gegnern darzulegen, die jetzt von der Gegenseite auf friedliche, z. B. chemische und andere deutsche Geschäftsgeheim-

nisse, ausgedehnt sind. Ich will weiter hinweisen auf die Ausdehnung des Begriffes der Kriegsmaterialien, wodurch wichtige friedliche Industrien geschädigt werden. Ich will endlich hinweisen auf die Unterdrückung der deutschen friedlichen Luftschiffahrt, die nach unserer Ansicht für uns von außerordentlicher Bedeutung und für den friedlichen Verkehr mit der Außenwelt unabwieslich ist.

Ich hoffe, daß in London sich Gelegenheit bieten wird, über diese Fragen verständlich sich mit den Gegnern zu unterhalten. Ob das der Fall sein wird, ist freilich nicht sicher. Ohne eine Einigung auf der allgemeinen Basis der Interessen unserer Gegner dürfen wir nicht hoffen, zu positiven Ergebnissen in London zu kommen und wir werden unsere Gegenvorschläge so einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung mit unseren Gegnern doch rechnen können.

Freilich wird jetzt in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich nicht mehr um eine Vervollständigung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung.

Dann gehen wir vergebens nach London,

denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen. (Sehr richtig) Es liegt mir fern, vor ihnen alle unsere Gründe dafür noch einmal auszubreiten. Ich will mich nur auf den einen Punkt beschränken, auf die Unmöglichkeit der Annulierten und die Unmöglichkeit der zwölfpromzentigen Abgabe auf den Export. Eine besondere wichtige Annuliert ist bekanntlich die Leistung der 6 Milliarden Goldmark jährlich, die 42 Jahre lang auf der deutschen Wirtschaft lasten soll. Es ist der Ueberschuß des Exports, den diese Leistung jährlich voraussetzt. Alle Sachverständigen bei uns sind darüber einig, daß wir diese 6 Milliarden nur werden leisten können, wenn auf die Dauer sich ein Ueberschuß der Ausfuhr ermöglichen läßt. Wir müssen dann mit einer außerordentlich großen Gesamtausfuhr rechnen. Ein großer Teil unserer Ausfuhr beruht aber auf der Einfuhr von Rohstoffen, die wir verarbeiten zur Ausfuhr.

(Bei Schluß der Redaktion spricht Dr. Simons weiter.)

Italienischer Verzicht auf die Ausfuhrsteuer?

Rom, 24. Februar. (CC.) Die Kammerausschüsse für Aeußeres und Finanzen laßten gestern Beschlüsse, die dem Grafen Sforza sofort übermittelt worden sind. Es heißt in diesen Beschlüssen, Italien habe die Feststellung gemacht, daß seine Opfer während des Krieges schlecht gemüßigt würden, und daß es verdienen, besser belohnt zu werden. Wenn Deutschland die letzten Entscheidungen der Alliierten ablehnen und die Alliierten sich zu einer Revolution der Pariser Beschlüsse entschließen würden, wäre Italien geneigt, auf das System der 12 Proz. Ausfuhrabgabe zu verzichten und auf weniger unbestimmter Grundlage zu verhandeln. Es wäre gut, wenn in der Frage der Entschädigung die Entente geeignete Vorschläge machen und wenn besonders die allgemeine Annullierung der von den Alliierten aufgenommenen Anleihen in Aussicht genommen würde.

Die Ostjudenfrage in Oesterreich.

Wien, 23. Februar. (WB.) Zur Frage der Ostjuden in Oesterreich, die seitens der polnischen Regierung vor dem Völkerbund gebracht wurde, legt die Politische Korrespondenz den Standpunkt der österreichischen Regierung dar. Angesichts des Umstandes, daß der Staat auf die eingeführten Lebensmittel große Beiträge darzubringen müsse, ergebe sich die Notwendigkeit, Vorkerungen zu treffen, daß in Oesterreich nicht heimathberechtigten Personen der weitere Aufenthalt nicht mehr gestattet werde. Der größte Teil der polnischen Flüchtlinge, der aus Juden bestand, habe keinerlei Anstalten zum Verlassen des Staatsgebietes getroffen. Die Politische Korrespondenz stellt fest, daß 140 Personen von der Polizei außer Landes geschafft seien. Viele der polnischen Juden hätten sich der Preisstreiberi, des Scheinhandels und Valutaschleudungen schuldig gemacht. Der in der Note der polnischen Delegation beim Völkerbund erhobene Vorwurf der Massenausweisung sei demnach vollkommen unbegründet. Die Ausweisungssaktion müsse weitergeführt werden.

Lösung der schwedischen Ministerkrise.

Stockholm, 24. Februar. Der König hat gestern das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Louis de Geer und des Finanzministers, Lamm genehmigt. Zum Ministerpräsidenten wurde der Landeshauptmann Oskar v. Sydow und zum Finanzminister der Direktor Bestam ernannt. Die übrigen Kabinettsmitglieder haben sich auf Wunsch des Königs bereit erklärt, in ihren Ämtern zu bleiben.

Auf eine Anfrage des Svenska Telegrambyran erklärte Ministerpräsident v. Sydow, daß sein Eintritt in die Regierung unter den jetzigen politischen Verhältnissen keine Veränderung des Programms bedeute, noch dem die vorige Regierung gearbeitet habe. Dies sei um so deutlicher, als abgesehen von dem Finanzminister sämtliche Ressortchefs in ihren Ämtern verblieben seien.

Bürgerliche Drohungen.

Ein Teil der bürgerlichen Presse übt sich noch wacker im Rästelraten über die künftige Regierungsbildung und in der Ausstreuung von Sensationsschreibern. Einen Gipfelpunkt der Schmoderei erklimmt hierbei die „Vossische Zeitung“, die an auffälliger Stelle ihrer heutigen Morgenausgabe eine Meldung über „Sozialdemokraten und Regierungsbildung“ bringt. Das Väckeln des Kundigen beginnt schon, wenn der höchst sunnreiche Verfasser der Meldung an unseren Sitzungen „sämtliche sozialistische Reichs-, preussische Minister und Parteivorstand“ teilnehmen läßt. Selbst im Hoftheater dürfte man davon gehört haben, daß es seit dem Juni 1920 sozialistische Reichsminister nicht mehr gibt. Weiter erzählt der phantastische Herr von einer Unterredung zwischen dem demokratischen Abgeordneten Schiffer und Genossen Hermann Müller-Franken. Wir können mit aller Bestimmtheit feststellen, daß diese angebliche Unterredung niemals stattgefunden hat. Auf ähnlicher Höhe steht denn auch alles weitere, was über die Vorgänge in unserer Sitzung aus der Schlüsselloch-Perspektive orakelt wird.

In der weiter rechts gerichteten Presse aber ist man „des trockenen Lones nun satt“. Nachdem Janke bitten, wie wir sie aus der Zeit nach dem 6. Juni 1920 kennen, bei der bösen Sozialdemokratie nicht gesucht haben, versucht man es im Stil massiver Drohung. Wir begegnen da zunächst erbauischen Aeußerungen der „Täglichen Rundschau“, die zwischen Deutschland und Deutscher Volkspartei hin- und herpendelt, jedenfalls der Volkspartei aber nicht fern steht. Sie verlangt als „Auswertung des 20. Februar“ Umstellung des Regierungskurses nach rechts und schreibt:

Was diese Regierungsneubildung anbelangt, so möchten wir der Sozialdemokratie doch den Zahn ziehen, als ob etwa in den rechts von den Demokraten stehenden bürgerlichen Kreisen irgendwelche Sehnsucht nach dem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie vorhanden wäre. Diese Feststellung ist vielleicht deshalb notwendig, weil der „Vorwärts“ in seinem gestrigen Abendblatt den Eindruck erwecken möchte, als sei beispielsweise die Deutsche Volkspartei von der Sozialdemokratie so begeistert, daß sie die Sozialdemokraten für die preussische Regierungsbildung oder etwa für eine Neubildung der Reichsregierung durch den Hinweis zu „gewinnen“ suche, daß dann der sozialistische Einfluß gestärkt würde. Dieser Gedanke ist so absurd, daß wir ihn, weil er so sonderbar ist, hier festhalten möchten als Zeichen dafür, daß die Sozialdemokratie auf Grund des Wahlergebnisses sich außerordentlich selbstbewußt zu fühlen scheint.

Wir müssen der „Täglichen Rundschau“ zunächst „den Zahn ziehen“, als ob wir das geschrieben hätten, was sie uns in den Mund legt. Ihr geht es wohl auch wie der Kammerjunger Rinna von Barnhems: „Wir können Geschriebenes nicht gut lesen“. Wir haben in aller Objektivität die Auslassungen eines Organs der „Deutschen Volkspartei“, der stinneschen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, mitgeteilt, die uns einlud, doch mit ihrer Partei gemeinsam die Früchte zu pflücken, deren Keime wir gesät haben.

Aber gehen wir vom Analphabetismus der „Täglichen Rundschau“ zum Kern der Sache über. Wenn es zutrifft, daß die rechts von den Demokraten stehenden bürgerlichen Parteien keinerlei Sehnsucht nach einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie haben, dann vereinfacht sich die Situation ja ganz außerordentlich. Wir werden nämlich — und darauf darf die „Tägliche Rundschau“ Gist nehmen — auch nicht den mindesten Versuch machen, diesen Herrschaften nachzulaufen. Daß das Liebeswerben der Deutschen Volkspartei bisher stets nur ein ganz einseitiges gewesen ist, dessen sollte sich auch die „Tägliche Rundschau“ noch erinnern. Nun aber kommt das außerordentlich Seltsame: Nachdem die „Tägliche Rundschau“ uns klar gemacht hat, daß kein Mensch etwas von uns wissen wolle, am wenigsten die Deutsche Volkspartei, erörtert sie nachher mit großer Eindringlichkeit den Plan einer Koalition der Deutschen Volkspartei bis zu den — Sozialdemokraten! Das nennt man Konsequenz. Allerdings haben wir Ursache, ihr für diese Erörterung dankbar zu sein. Denn sie bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, was die Sozialdemokratie von einer solchen Koalition zu erwarten hätte:

Wenn also eine Regierungsbildung in Preußen mit Deutscher Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in Frage kommen sollte, so wäre diese Möglichkeit nur unter dem Gesichtspunkt denkbar, inwieweit dieser Tendenz vom 20. Februar Rechnung getragen wird (dem angeblichen Kund nach rechts, Red. d. „V.“). Man darf dabei annehmen, daß in Auswertung des Wahlergebnisses vom 20. Februar vor allem das eine in Frage kommt, den sozialdemokratischen Einfluß in Preußen, wie er durch Herrn Seegering im preussischen Ministerium des Innern und ferner durch Herrn Braun im Landwirtschaftsministerium ausgedrückt wurde, auszuscheiden. Wenn der Gedanke des Zusammengehens zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie bisher in der Öffentlichkeit überhaupt erwogen wurde, so dürfte man ihn doch eigentlich nur unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß sich die Deutsche Volkspartei nur dann in die preussische Regierung hineinbegeden wird, wenn dieses Ziel erreicht wird.

Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Washington, 24. Februar. (Holländisch Neuwsbureau.) Die amerikanische Regierung teilte der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen; sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

Deutschlands Munitionsablieferung.

Berlin, 24. Februar. (WB.) Die Entente-Staaten haben wiederholt den Vorwurf erhoben, die deutsche Regierung liefere nicht alle vorhandenen Bestände an Munition ab, sondern verheimliche große Mengen. Unser Hinweis darauf, daß die deutschen Truppen beim Rückzuge im Jahre 1918 bedeutende Bestände in Frankreich und Belgien haben liegen lassen müssen, ist bisher stets unbeachtet geblieben.

In der belgischen Kammer hat nun nach einem Bericht der Zeitung „Le Peuple“ der Minister für nationale Verteidigung, Herr Devez, anlässlich einer Interpellation mitgeteilt, die deutschen Heere hätten auf den belgischen Schlachtfeldern 125 Millionen Kilogramm Munition zurückgelassen, wovon sich noch 22 Millionen Kilogramm im Bunde befänden. Diese amtliche Erklärung ist für uns sehr wertvoll. Die mitgeteilten Zahlen lassen einen Schluß über die Mengen an Material und Munition zu, die auf der weit ausgedehnteren Front in Frankreich in die Hände der Alliierten gefallen sind.

Attentat auf Trocki!

Kopenhagen, 24. Februar. Nach in Riga eingetroffenen Meldungen aus Moskau haben Kosaken den Eisenbahnzug Trocki auf der Linie nach Drenburg überfallen. Mehrere Eisenbahnbeamte wurden vermundet.

In der Aufforderung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die „Früchte zu pflücken“, konnte man wenigstens — bei aller Ablehnung — politischen Sinn und Zweck sehen. Die Zumutung der „Täglichen Rundschau“ aber, die Sozialdemokratie solle in die preussische Regierung gehen, um dort an der völligen Ausschaltung ihres Einflusses mitzuwirken, ist so mahnwichtig dumm, daß man sie mit Ernst überhaupt nicht mehr beantworten kann. Und weil wohl auch ein vorkommendes Gehirn nicht glaubt, daß die Sozialdemokratie mit Entzücken auf diesen Plan eingehen wird, übt man sich in der Formulierung finsterner Drohungen.

Den bürgerlichen Koalitionsparteien wird der Austritt der „Deutschen Volkspartei“ aus der Reichskoalition angedroht, falls etwa in Preußen eine weiter links gerichtete Regierung als im Reich zustande kommen sollte. Diese Drohung ist die allerdümmste. Denn wird die jetzige Reichsregierung gesprengt, so wäre leicht die Folge, daß im Reichstag überhaupt keine Regierungsbildung mehr zustande kommt. Die Konsequenz wären Neuwahlen und damit wäre dann überraschend schnell die vielberufene „Homogenität“ zwischen dem Reich und Preußen hergestellt, allerdings anders, als es sich die Herren auf der Rechten gedacht haben.

Uns aber wird gedroht mit dem Gespenst des Bürgerblocks. So läßt sich die Rechtspresse mitteilen:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sieht nach wie vor in der Bildung der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten das Ziel, das unter allen Umständen anzustreben ist. In vorkommenden Fällen ist man der Meinung, daß, wenn die Bildung der Einheitsfront sich nicht verwirklichen sollte, eine bürgerliche Koalition im Landtag anzustreben sei. Das ergäbe sich ohne weiteres aus dem Wahlergebnis, das eine starke bürgerliche Mehrheit gebracht habe.

Lieber die Frage der „Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen“ brauchen wir hier kein Wort zu verlieren. Der Mann, der dies Projekt ausgeheckt hat, dürfte bei jedem Bobierfest als der größte politische Trottel prämiert werden. Was aber das Vochen auf die „starke bürgerliche Mehrheit“ anbelangt, so ist, wie selbst rechtsstehende Blätter festgestellt haben, in Preußen die bürgerliche Mehrheit nicht stärker als die jetzige Mehrheit der bisherigen Koalition, die von denselben Leuten als nicht tragfähig bezeichnet wird, obwohl sie eine Mehrheit in der Mitte und nicht eine Mehrheit eines Flügels ist, daher auf viel festerem Boden stehen würde, als der angeführte Bürgerblock. Dieser hat eine sichere Mehrheit nur dann, wenn er alle Bürgerlichen einschließlich der Demokraten reiflos umfaßt.

Immerhin: Zahlenmäßig möglich ist der Bürgerblock von Demokraten bis Deutschnationalen, wie er es auch schon in der vorigen Landesversammlung, in der Nationalversammlung usw. war. In den bisherigen Parlamenten ist er nicht effektiv geworden. Droht man jetzt mit ihm, so kann die Drohung zweierlei bedeuten: Bluff oder Realität. Auf einen Bluff werden wir nicht hereinfallen. Ist die Drohung aber Realität, d. h. besteht bei den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme wirklich innere Reigung zu dieser Koalitionsbildung, so ist die Situation für uns noch immer unverändert. Denn alsdann müssen wir uns sagen, daß jede anders geartete Koalition trügerischer Schein wäre, solange hinter ihr das Gespenst des Bürgerblocks steht. Denn sobald dieser sich als reale politische Möglichkeit erweisen sollte, würde er in Wirklichkeit die Geschichte Preußens lenken und nicht eine vorgeschobene Koalitionsregierung.

Aus einer solchen Situation hätten wir Sozialdemokraten einfach die Konsequenz zu ziehen. Wir begreifen voll und ganz selbst extrem deutschnationalen Blättern bei der Erörterung der rein bürgerlichen Regierung nicht wohl zu muten ist. Uns schreckt man jedenfalls nicht. Was die Folgen einer arbeitserfreundlichen Bürgerblock-Regierung sein würden, wissen wir — und das Bürgertum weiß es noch besser.

Tschechische Arbeiterbildung.

Auf Veranlassung des damaligen Philosophieprofessors Dr. I. G. Masaryk, der heute Präsident der Republik ist, wurde 1896 von einigen Intellektuellen und Arbeiterführern die Arbeiterakademie in Prag gegründet. Sie sollte zu einer Arbeiterhochschule werden, deren Aufgabe die Popularisierung der Wissenschaft und Kunst, sowie die Erziehung der Massen war; doch die eigenen Mittel der Akademie waren gering, viele Jahre führte sie ein kümmerliches Dasein und beschränkte sich auf die Abhaltung von Vorträgen, Verbreitung guter Literatur, Herausgabe von Broschüren, Veranstaltung von Theateraufführungen usw. Erst seit dem Umsturz konnte sie sich frei entwickeln und ist jetzt zu einem bedeutenden Kulturfaktor in der Republik geworden.

Die Arbeiterakademie in Prag, die sich auf die Gewerkschaftsorganisationen stützt, umfaßt an 700 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, und zusammen mit den angeschlossenen Korporationen fast 1 Million Mitglieder. Sie erstreckt ihre Tätigkeit auf das ganze Gebiet der Republik und insbesondere auf die Industriezentren. Alle ihre Bestrebungen verfolgen das eine Ziel: der Erziehung zum Sozialismus.

Diesem Zwecke dient vornehmlich die sozialistische Schule, die für intelligente Arbeiter bestimmt ist, um sie zu Führern und Organisatoren der Arbeiterbewegung zu erziehen. Da werden gelehrt: Bürgerkunde, Nationalökonomie, Statistik, Weltgeschichte vom Standpunkte des Sozialismus, Marxismus, ethische Grundfragen und Geschichte des Sozialismus, Grundprinzipien der Technik, Ethik, Arbeitsgeschichte, Sozialhygiene und Psychologie. Der Unterricht findet zweifach an vier Abenden der Woche statt und dauert acht Monate. Nach dem Vortrage folgt immer eine Debatte und im Anschluß an die sozialistische Schule arbeitet ein sozialistisches Seminar, in dem wichtige Fragen aus dem Gebiete der Sozialpolitik, Sozialversicherung usw. erörtert werden.

Die Arbeiterakademie hat ferner eine Betriebsratschule gegründet. Von den sonstigen Kursen seien hervorgehoben: ein literarisches Seminar, ein Rednerkurs, eine Handwerkschule für Arbeiter, eine Arbeiterfortbildungsschule, sowie praktische Kurse (Nähen, Haushaltung usw.).

Zur Verbesserung und Durchgestaltung des Privatlebens der Arbeiter pflegt die Arbeiterakademie besonders die Kunst. Sie veranstaltet Besichtigungen von Sammlungen und Kunstausstellungen, Theateraufführungen, Konzerte, Kunstabende und hält Vorträge über die Kunst ab. Die dramatische Arbeitervereinigung widmet sich der Erziehung des Proletariats zur dramatischen Kunst, veranstaltet für die Arbeiter direkt in den Fabriken nach Arbeitsstunden Vorlesungen und trachtet durch kollektive Rezitationen (Chöre) beizutragen auf die Massen zu wirken.

Der Arbeiterakademie sind angeschlossen: der Arbeitergesangsverein, der Arbeiterturnverein, die Pfadfinder, die Theaterbibliothek und andere dergleichen Korporationen.

Die Arbeiterakademie, deren umfangreiche Geschäfte in Prag von einem Sekretariat geleitet werden, entsendet in die Provinz Wander-

Rechtsgewinn = 57 609!

Eine sehr interessante Berechnung stellt das „Berliner Tageblatt“ an, um den Beweis zu führen, daß das Gerede von dem „großen Sieg der Rechten“ in Preußen Fiktion ist. Das Blatt macht mit Recht darauf aufmerksam, daß man wirklich vergleichen kann nur die Zahlen vom 6. Juni und 20. Februar. Daß seit der Revolutionswahl vom Jahre 1919 bis zum Sommer vorigen Jahres eine Umstellung der Wähler in erheblichem Maße eingetreten war, ist bekannt. Aber diese Umstellung konnte in Schleswig-Holstein und Ostpreußen bisher nicht zum Ausdruck kommen, da dort am 6. Juni nicht gewählt wurde. Man muß also, um den tatsächlichen „Gewinn“ der Rechtsparteien seit den Reichstagswahlen festzustellen, die ostpreussischen und schleswig-holsteinischen Ziffern vom Gesamtergebnis abziehen. Dann ergibt sich folgendes Bild:

Es erhielten nach der vorläufigen amtlichen Zählung in ganz Preußen am 20. Februar die		Stimmen
Deutschnationalen		2 892 667
Abgezogen sind hiervon die Stimmen, die sie nach amtlicher Zählung erhielten		
in Ostpreußen	290 643	
und in Schleswig-Holstein	140 854	— 430 997
Bleiben somit für den Teil Preußens, der am 6. Juni 1920 gewählt hatte		2 461 670
Am 6. Juni 1920 hatten die Deutschnationalen in Preußen, soweit es damals wählte, laut amtlicher Statistik des Deutschen Reiches, Band 201, II, Seite 121, erhalten		2 151 967
Ihr Gewinn beträgt danach für Preußen ohne die obigen beiden Provinzen		309 678
Nach derselben Rechnungsart ergibt sich für die		

Deutsche Volkspartei		Stimmen
folgende Tabelle:		
Jetzige Gesamtsumme	2 206 587	
ab Ostpreußen	138 704	
„Schleswig-Holstein	127 407	— 266 201
Bleiben		2 000 386

Am 6. Juni 1920 im damaligen Wahlgebiet erhalten . . . 2 252 470
Somit ergibt sich ein Verlust der Deutschen Volkspartei für das preussische Gebiet, das am 6. Juni 1920 gewählt hat, von . . . 252 064 (= ungefähr 11 Prozent)

Die Gesamtaufrechnung der Rechtsparteien ergibt demnach:		Stimmen
Gewinn der Deutschnationalen	309 678	
Verlust der Deutschen Volkspartei	252 064	
Gesamtgewinn der Rechten		57 609

So sieht der riesenhafte Gewinn der Rechten in Wahrheit aus! Die Deutsche Volkspartei, die jetzt so anmaßend austritt, hat eine Viertelmillion Wähler allein in dem Gebiet verloren, wo am 6. Juni gewählt wurde. Das ist ein Reuentel ihrer Gesamtziffer oder über 11 vom Hundert! Woher diese Partei den Mut nimmt, wegen der Regierungsbildung noch Drohungen gegen die Sozialdemokratie auszusprechen zu lassen, wäre unverständlich, wenn nicht die kapitalistischen Interessen alles verständlich machten.

Die Entente verhindert einen Mordprozeß!

Breslau, 24. Februar. (TU.) Am 24. Februar sollte vor dem Schwurgericht in Beuthen der Prozeß gegen den einen der vier Mörder des Begründers der Zeitung „Wola Ludu“, Theophil Kupka, beginnen. Am 22. Februar ließ der oberste Justizbeamte der Interalliierten Kommission in Oppeln den Beuthener Oberstaatsanwalt mit den Prozeßakten zu sich rufen und eröffnete ihm, daß die Akten erst geprüft werden müßten, da der Verdacht bestünde, daß die deutsche Justiz den Prozeß politisch ausnützen werde. Es müsse erst die Entscheidung des Generals

De Rond abgemartet werden. Falls der Prozeß stattfinden könne, würden die Akten zurückgegeben, andernfalls werde die Interalliierte Kommission die achtzig Zeugen und Sachverständigen telegraphisch abbestellen. Der Oberstaatsanwalt protestierte energig gegen den Verbot, der von der Interalliierten Kommission gegen die deutsche Justizbehörde erhoben wurde und erklärte, die Akten nur der Gewalt weisend auszuliefern. Die Interalliierte Kommission hat darauf die Zeugen tatsächlich abbestellt und somit den Prozeß verhindert. Der Gerichtshof wird eine Entscheidung über die Aktenforderung abgeben und den Prozeß notgedrungen vertagen.

Kupka war bekanntlich früher Mitarbeiter des polnischen Abstimmungskommissars Korjanty, der sich von den Polen loslöste, eine eigene Partei gründete und in seinem Organ „Wola Ludu“ die Arbeitsweise Korjantys und seiner Mitarbeiter geißelte.

Es ist nicht recht ersichtlich, in welcher Weise der Prozeß politisch ausgenutzt werden könnte. Stehen die Mörder Kupkas, wie vielfach angenommen wurde, in engerer Beziehung zum polnischen Plebiszitkommissariat, so spricht die Sache für sich, und das Plebiszitkommissariat in seiner jetzigen Zusammenfassung wäre für Oberschlesien erledigt. Sollte sich aber die Anschuldigung Korjantys und seiner Hintermänner herausstellen, dann wäre jedes irgendwie unparteiische Wort von deutscher Seite Torheit. Richtig ist also die Handlungsweise des Justizrats der Interalliierten Kommission auf keinen Fall. Sie stößt die deutschen Oberschlesier wieder einmal unnütz vor den Kopf und setzt sich so dem Verdacht der Befangenheit aus, einem Verdacht, der um so schwerer wiegt, als Frankreich, das innerhalb der Interalliierten Kommission für Oberschlesien eine hervorragende Stellung einnimmt, soeben mit Polen eine Militärkonvention abgeschlossen hat.

Die Lage in Oberschlesien.

Breslau, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der einheitliche Abstimmungstermin in Oberschlesien, der in der deutschgefinnten Presse des Abstimmungsgebietes große Freude hervorgerufen hat, hat die polnische Presse ebenso enttäuscht. Das Organ Korjantys, die deutsch geschriebene „Oberschlesische Grenzzeitung“ erklärt heute, daß dieser Beschluß der Alliierten ein schlechtes Zeugnis von der Fähigkeit sei, den einfachsten Weg zur Lösung der gespannten Zustände in Oberschlesien zu finden. Welcher Weg den Polen als der einfachste erscheint, ist aus der Aufforderung Korjantys zur Gewalt hinreichend bekannt. Es scheint aber auf die Polen von alliierter Seite jetzt genügend eingewirkt zu sein, um die Ruhe am Abstimmungstag zu sichern. Selbst die „Grenzzeitung“ erklärt jetzt im Zusammenhang mit der Erörterung, ob es zu Gewalttätigkeiten kommen wird, daß das ober-schlesische Volk am Abstimmungstag die Probe seiner Reife bestehen werde.

Geld riecht nicht . . .

Breslau, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei in Oberschlesien, Dr. Frh. Köblich, hat, wie die „Breslauer Volkswacht“ erzählt, sein Amt niedergelegt. Sein Rücktritt steht im Zusammenhang mit der Annahme großindustrieller Wahlgelehrter, daß die Deutsche demokratische Partei, die von sozialdemokratischer Seite aufgegedet worden war, Dr. Köblich hatte die Annahme dieser Geldes seinerseits abgelehnt und öffentlich demontiert, was aber später von seiner Partei im Stillen gelassen worden.

Ein duellwütiger Staatsanwalt.

Breslau, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Breslauer Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rhode, der hier die Mittelstandspartei führt und sich vor der Wahl durch wüste Angriffe auf die gesamte Presse bemerkbar machte, setzt diese Angriffe jetzt in sehr merkwürdiger Form fort. Er hat nämlich zwei hiesige demokratische Redakteure zum Duell herausgefordert, weil sie ihn angegriffen hätten.

lehrer und Vortragende, verleiht Bibliotheken an Arbeitervereine, gibt Broschüren und eine Zeitschrift („Arbeiterkultur“) heraus. Für die Arbeiterkinder werden Märchenvorstellungen, Marionettenspiele, Theater- und Kinovorstellungen, Ausflüge und Ferienreisen veranstaltet. An diesen Veranstaltungen haben im Jahre 1920 an 100 000 Arbeiterkinder teilgenommen.

Die Bibliothek umfaßt 6000 Bücher. Außerdem haben die Gewerkschaftsorganisationen in Prag ihre eigenen, bei weitem größeren Bibliotheken, wie z. B. die Metallarbeiter 50 000, Handelsangestellte 12 000, Holzarbeiter 10 000, Topographen 8000 Bände. Auch in der Provinz hat ein jeder Arbeiterverein seine Bibliothek, und die Arbeiterakademie geht allen diesen Organisationen beim Ankauf der Werke mit Rat und Tat an die Hand. In Prag, Pilsen, Brünn und Währtsch-Osttau unterhält sie öffentliche Lesebibliotheken. Ein jeder Arbeiterverein hat nicht nur in Prag, sondern auch in der Provinz eine Lesehalle für seine Mitglieder. Im laufenden Jahre plant die Arbeiterakademie die Veranstaltung einer Ausstellung über die Sozialisierung der Wissenschaften. Rudolf Iloway-Prag.

Ein Freigeist vor 200 Jahren. Wenn wir den Namen Gundling hören, so denken wir an den bekannten „Hosnarren“ des Soldatenkönigs, mit dem er so viel Schabernack getrieben. Es gab aber in jenen Tagen einen viel berühmteren Gundling, der Professor der Weltweisheit in Halle war und damals für ein „großes Licht“ galt. An diesen vergessen, aber nicht unbedeutenden Gelehrten, seit dessen Geburtstage am 25. Februar ein Vierteljahrtausend verstrichen ist, erinnert Frh. Wauthner im zweiten Band seines Werkes „Der Atheismus und seine Geschichte im Abendlande“. In dieser Darstellung erscheint der Professor als Beispiel für die Bedeutung, die die Aufklärungsgelehrten des 17. Jahrhunderts schon damals im deutschen Geistesleben beizubringen. Nikolaus Hieronymus Gundling war in Halle zunächst Schüler, dann Nachfolger von Christian Thomassius, der zuerst so mannhaft gegen alle Vorurteile und falschen Dogmen gekämpft. Gundling hatte als Professor durch seine geistvoll-witzige Vortragweise einen großen Kreis von Schülern um sich gesammelt und wurde auch nach seinem 1729 erfolgten Tode noch viel gelesen und sehr geschätzt. Er hat eine eigene Rede über die Religionsfreiheit herausgegeben, am deutlichsten aber auch seine aus dem Nachlaß erschienenen Vorlesungen über Politik den freigeistigen Ton seiner Weltanschauung wieder. Bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sagt er, der Fürst habe kein Recht, religiöse Befehle auszusprechen. „Die Dogmata gehen ihm so wenig an als mir. Ich kann nach meinem Gutdünken nicht Dogmata etablieren, er auch nicht.“ Nur der Türke könne es, der sei aber ein Dummkopf, mit dem man nicht weiter zu rechnen brauche. Kein Fürst habe die Macht, der Welt seine Religion aufzuzwingen; die Christen seien auf der Erde in der Rinderzahl, und nur mit Gewalt könne man andere zu seiner eigenen Anschauung bekehren. „Gib mir Geld, gib mir Dragoner, so will ich par force Anhänger bekommen, welche defensieren, man könne durch ein Brett leben, welches vier Finger Dicke.“ Unruhigster dürfe der Fürst nicht duben, auch nicht unter den Geistlichen. „Ich bin kein Priesterfeind,“ erklärt Gundling, „bin selbst eines Priesters Sohn, habe auch schon gepre-

digt, kann aber nicht in Abrede sein, daß die Priester müssen im Zaum gehalten werden.“

Dudung der Andersgläubigen ist eins der Hauptdinge, die er fordert. Mit der Bezeichnung „Atheisten“ dürfe man keinen Unfrieden treiben. In der ganzen Kirchen- und Philosophie-Geschichte seien kaum zwei richtige Atheisten zu finden. Selbst Spinoza habe einen Gott gelehrt und ihn nur der Welt gleichgesetzt: wie die alten Stoiker. Praktische Atheisten gäbe es freilich genug unter den Wüstlingen, den Dilettanten, den „Oxen“, um die man sich aber nicht zu bekümmern brauche. Wahrhaftig gottlos sei nur, wer seinen Nächsten nicht liebt, wer Unruhen erregt usw. So hat Gundling vor 200 Jahren bereits wacker für die Ideen der Aufklärung und Humanität gewirkt.

Die Museumstreife der Regentkunst. Die so lange nur von den Ethnologen und Geographen beachtete und gesammelte, von den Kunsthistorikern gering geschätzte Kunst der Naturvölker ist in neuester Zeit plötzlich Mode geworden und wird von manchen Schwärmern als ein Höhepunkt neuer gestalteter Schönheit betrachtet. Besonders ist es die Kunst der Regier, die das Entzücken erregt, und so manche unserer jungen Künstler ahmen mit hingebendem Eifer die Regentplastik nach. Wie man sich nun auch zu dieser Wertung stellen mag, so ist doch jedenfalls der Einfluß der Regentkunst auf unsere modernsten Schöpfungen außerordentlich groß, und jeder, der sich ein tieferes Verständnis für die Kunstübung unserer Tage erringen will, muß sich auch mit diesen Arbeiten primitiver Völker beschäftigen. Bei uns sind diese Kunstwerke der Naturvölker meistens in den völkerverständlichen Museen verstaubt und vergraben und daher in ihrer eigenartigen Gestaltung schwer zu erfassen. Dasselbe ist auch in Frankreich der Fall. Doch strebt man dort nach einer gründlichen Aenderungs. Madame Neuberger haben die Frage aufgeworfen, ob die Regentkunst für das Louvre-Museum, das bisher nur den anerkannten Meisterwerken der europäischen Skulptur gewidmet war, reif sei, und eine Kunstreisende hat daraufhin eine Umfrage bei Gelehrten und Künstlern veranstaltet. Wie in der „Kunstchronik“ mitgeteilt wird, erklärten alle Befragten die Regentkunst für „loubreureif“. Nur der Konservator am Louvre, Mallon Miron, trat dem entgegen und mahnte diesen Arbeiten nur ethnographische Bedeutung bei. Die Umfrage schloß mit Ausdrücken aus Robineau und einem Wort, das Nietzsche über Nietz sagte: „Seine Reiterzeit ist wahrhaftig afrikanisch.“ Hierin erblickt man eine Anerkennung der Regentkunst durch den deutschen Philosophen.

Kirchner-Goldschmidt II. von seiner Studienreise aus Sowjet-Rußland zurückkehrt und wird am 6. März in der Session über seine Eindrücke berichten.

Die Kunstausstellung Alfred Becker, Charlottenburg, Weststraße 18, eröffnet am Dienstag, den 1. März, mittags 12 Uhr, ihre fünfte Ausstellungen, in welcher Werke von Deger, Demschitz, Gamsel, Gertzel, Köhler und Blüthner vertreten sind. Ferner Quartette von Rehniger, Hodel, Qu. d. Raus, Schräbinger, Robjinik und Schmidt-Rohlf.

Eine Preisfrage für deutsche Mundartenforschung. Der preussische Kultusminister hat das dialektologische Institut, das sich an der Universität zu Breslau befindet, durch die Vereinnahmung des Deutschen Reiches herausgehoben, zur Zentralstelle für deutsche Mundartenforschung ernannt.

Verunglückte Landfriedensbruchklage.

Börlitz, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Mittwoch fand in Börlitz ein Landfriedensbruchprozess statt. Angeklagt waren 10 Glasmacher, zumeist Glaschleifer aus Weißwasser. Sie waren beschuldigt, als Führer einer Menge von etwa 150 Personen, die sich vor den Fabrikanlagen der Vereinigten Glaswerke Weißwasser angeammelt hatte, gewaltsam in die umfriedeten Gebäude des Werkes eingedrungen zu sein. Von der Zusammenrottung wurde behauptet, sie sei erfolgt, um Gewalttätigkeiten zu begehen. Damit war der Tatbestand des Landfriedensbruchprozesses gegeben. Die Ursache der Vorgänge lag aber in Wirklichkeit in einem Streit, der entstand, weil die Uebernahme der teuren Werkzeuge der Feinschleifer, die diese bisher selbst gehalten hatten, durch die Unternehmer trotz mehrfacher Versprechungen bisher nicht erfolgte. Dadurch kam es zum Streit, in dessen Verlauf am dem fraglichen 20. November eine Kommission der Streitenden erneut mit den Unternehmern Verhandlungen anzubahnen versuchte. Der Staatsanwalt ließ auf Grund der Beweisaufnahme das Verdict des Landfriedensbruches fallen. Auch die nebenher erhobene Klage wegen Hausfriedensbruches wurde nur gegen fünf nicht zur Kommission gehörende Angeklagte aufrechterhalten. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte er Verurteilung nur wegen einfacher Rädeltung. Das Urteil lautete: Zwei Angeklagte wurden wegen schweren Hausfriedensbruches zu einem Monat Gefängnis verurteilt, drei Angeklagte wegen einfachen Hausfriedensbruches zu zwei Wochen Gefängnis. Für alle Strafauflösung auf drei Jahre. Die übrigen fünf Angeklagten, für die eine Geldstrafe von 200 Mark beantragt worden war, wurden freigesprochen.

Entrüstete Helden.

Kassel, 24. Februar. (U.) Zu heftigen Austritten kam es gestern abend in der außerordentlichen Sitzung der Stadiverordnetenversammlung. Die Aussprache des Oberbürgermeisters Scheidemann und seiner Frau nach einer Wahrvorstellung gab den Anlaß dazu. Die sozialdemokratische Mehrheit machte unter lauten Hilaritäten und Zwischenrufen der Rechten den Deutschen Nationalen den Vorwurf, die indirekten Urheber der Verschwendung der für den Oberbürgermeisters gewesen zu sein, ferner den Wahlkampf unfair geführt zu haben und seit einem Jahre ihre ganze Propaganda auf persönliche Verunglimpfung des Abgeordneten Scheidemann eingestellt zu haben. Die Rechte antwortete mit Gegenwürfen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der den Magistrat ermächtigt, die vom Polizeipräsidenten zur Ergreifung der Täter ausgesetzte Belohnung von 500 M. bis zu 3000 M. zu erhöhen.

Der Steuerauschuß arbeitsunfähig.

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm seine Tätigkeit heute auf, wie er sie vor drei Wochen abgebrochen hatte; mit Geschäftsordnungsdebatten. Die Regierungsparteien sind sich immer noch nicht klar über ihre Stellung zur Einkommensteuernovelle. Heftig, der sich die unter den Regierungsparteien herrschende Unklarheit und Uneinigkeit zunimmt, machen verfehlt, schlug deshalb vor, den Ausschuß sofort wieder auf einige Tage zu vertagen. Der Antrag wurde schließlich auch gegen die Stimmen beider sozialdemokratischer Parteien angenommen und die nächste Ausschußsitzung auf Dienstag nächster Woche festgesetzt.

Zunächst wollen nun die Regierungsparteien unter sich eine Einigung über eine Reihe von Grundfragen herbeizuführen suchen; in der Linie über die Frage des Veranlagungsjahres, dann über die Umwandlung des Steuerzuges in eine Lohnsteuer, über die Höhe des einheitlichen Steuerfußes für die Lohnsteuer, über die Einkommensgrenze, bis zu welcher die Lohnsteuer die gesamte Steuerlast decken und über die Abzüge, die an der Lohnsteuer vorgenommen werden sollen. Diese Fragen sollen bei Erledigung der vorliegenden Novelle präjudizial entschieden werden, wiewohl ihre gesetzliche Regelung erst in einem besonderen Gesetz geplant ist, das nach den Erklärungen des Staatssekretärs Jaffé der sorgfältigsten Vorbereitung bedarf und deshalb vor Ostern den Reichstag kaum beschäftigen wird.

In der zur Beratung stehenden Novelle soll in der Hauptsache das Veranlagungsjahr endgültig entschieden werden, das für das allmählich drängende Veranlagungsgesetz von grundlegender Bedeutung ist. Die Regierung beabsichtigt, die im Monat März abzugebenden Steuererklärungen auch von den Lohn- und Gehaltsempfängern mit einem Jahreseinkommen von mehr als 10 000 Mark einzufordern, obgleich sie davon ausgeht, daß die Steuerreste der Lohn- und Gehaltsempfänger vom Jahre 1920 nicht erhoben werden können. Vom Genossen Reil wurden Bedenken gegen dieses Verfahren geäußert, weil es die Steuerbehörden mit einer entbehrlichen Arbeit besetzt. Von unserem Redner und ebenso von Dr. Herz (U.S.P.) wurde auch erklärt, daß sie sich dem Versuch, die dringend notwendige Milderung des Steuerfortschritts in den unteren Stufen zu einem Abbau der Einkommensteuerhöhe in den oberen Stufen auszunützen, mit aller Entschiedenheit widerlegen würden. Es ist nun abzuwarten, was aus den Sonderberatungen der Regierungsparteien herauskommen wird.

Prozeß Sonnensfeld und Genossen

In der heutigen Sitzung bringt Sonnensfeld (Water) vor, daß er Dr. Bürger als besungen erklärt. Während des vergangenen Sommers habe ihm Dr. B. z. B. abgelehnt, das Fenster seiner Zelle öffnen zu dürfen, um frische Luft hereinzulassen. Die Folge war, daß er als Herz- und Lungenleidender fast täglich 2- bis 3stündige Ohnmachtsanfälle erlitten habe. In der letzten Jahreszeit habe Dr. B. ihm verboten, den Hut aufzubehalten, obwohl er unter seinen Kopfschmerzen schwer zu leiden hatte und jede Zugluft ihm Schmerzen bereitete. Schließlich habe Dr. B. ihm als Lungenkranken Inhalationen, verfertigt durch Terpentin verrieben, so daß er ein 6 Wochen dauerndes Augenblinden davongetragen habe. Als vor einiger Zeit eine Verurteilung herauskam, nach welcher diejenigen Gefangenen, welche ihre Zelle nicht selbst aufräumen wollten, eine Mark auf den Flurwörter zu zahlen haben, habe er sich aus seinem Rechtsempfinden heraus als kranker Mensch dagegen gestäubt. Dr. B. habe ihn darauf angefahren: „Sie sind froh. Sie und Ihren Sohn, Sie beide keine ich aus den Ästen. Ihnen müßte man ordentlich etwas ausweisen.“ Bei einer anderen Unterredung habe Dr. B. gesagt: „Im übrigen habe ich jetzt festgesetzt, daß Ihr Sohn Unterschlagungen gemacht hat und mit dem Gelde geflüchtet ist.“ Das sind alles Dinge, um die sich Dr. B., so fährt Sonnensfeld fort, als Arzt überhaupt nicht habe kümmern dürfen.

Dr. Bürger widerlegte die Beschwerden des Angeklagten Sonnensfeld ausführlich und betonte, daß er sich nicht besungen fühle.

Der Staatsanwalt ersucht, den Antrag abzulehnen, da die Besungenheit nicht glaubhaft gemacht sei. Rechtsanwalt Grünspach ist der Meinung, daß es nicht bloß auf die objektive Befangenenherkunft, sondern daß schon in Anbetracht des pathologischen Zustandes des Angeklagten die Befangenenheit zur Ablehnung genüge.

Groß-Berlin

Der Mord an dem Schieber.

Ueber den von einem Landmann ermordeten 27 Jahre alten „Schriftsteller“ Karl Körner aus Boby, der sich jedoch Theodor Körner zu nennen pflegte und auch Papiere auf diesen Namen besaß, wird jetzt folgendes berichtet: Der Ermordete besaß zwar einen schriftlichen Ausweis eines hiesigen Bühnenverlags, gemäß dem er als Uebersetzer polnischer Dramen für diesen tätig sei und als solcher ein hinreichendes Einkommen habe, doch war sein sonstiges Tun und Treiben sehr zweifelhafter Natur. Die Kriminalpolizei ist bemüht, dieses aufzuklären, um seinen Bekanntenkreis kennen zu lernen, in dem zweifellos der Mörder zu suchen ist. Es ist dies ein Landmann von ihm, der, wie die Witwe bei ihrer Vernehmung bezeugt, vorher schon bei Körner gewesen war. Gestern kam er gegen 3 1/2 Uhr nachmittags, als Körner gerade in seinem Zimmer Kaffeetrank. Da es bei Körner immer sehr lebhaft zugehen pflegte und die Gespräche fast ausschließlich in polnischer Sprache geführt wurden, so fiel es der alten Frau zunächst nicht auf, als es gestern nachmittag wieder sehr laut war. Als sie dann aber ihren Untermieter rufen hörte, sah sie sich nach ihm um und so kam sie gerade hinzu, als dessen Besucher unausgeseht auf Körner eintrat. Beim Erscheinen der Witwe ließ dieser von seinem Opfer ab und ließ davon. Das Wordinstrument, den Dolch, warf er im Hausflur fort. Eine Frau hatte diesen dort gefunden und ihn nach Kenntnis von dem Verbrechen bei der Polizei abgeliefert. Der Dolch ist Eigentum des Täters gewesen. Dieser wird beschriebener als ein Mann von etwa 26 bis 30 Jahren mit lüthlichem Aussehen. Er ist mittelgroß, etwa 1,68 Meter, hat ein bartloses Gesicht und trug einen graumelierten Schläfermantel. Seinen Hut, einen braunen Stoppfutt, ließ er bei der eiligen Flucht am Tator zurück. Er sprach, wie schon mitgeteilt, polnisch. Auf seine Ergreifung hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Zweidienstliche Mitteilungen nahmen die Kriminalkommissare Boese und Dr. Schuppe im Zimmer 51a, Hausanruf 115, entgegen.

Bei Besichtigung der Leiche durch den Gerichtsarzt Professor Dr. Störmer, der ebenfalls noch gestern abend am Tator erschien, stellte sich heraus, daß der Ermordete nicht weniger als acht Stiche erhalten hatte, in die Brust, in die Achselhöhle, in die Arme und in den Rücken. Die Leiche wurde, nachdem sie vom Erkennungsdienst photographiert worden war, nach dem Leichenschauhause gebracht.

In den Papieren des Ermordeten

wurden viele Adressen und Briefe, auch mehrere von Mädchen gefunden. Noch in der Nacht wurden diese Personen von sofort ausgesandten Beamten aufgesucht und über die Beziehungen zu Körner befragt. Dabei stellte sich heraus, daß dieser auch ein häufiger Gast der Lokale der Lebemann war. Wie einige Mädchen bekundeten, waren sich diese nicht recht klar darüber, ob sie es mit einem polnischen Grafen oder mit einem hochstapler zu tun hatten. Jedenfalls machte Körner oft große Rechen und blies auch an mehreren Stellen die Zeche schuldig. Durch Ermittlung anderer Adressen wurde festgestellt, daß er auch

Schleichhandelsgeschäfte aller Art betrieben hat.

Er war auch bereits einige Zeit unter dem Verdacht, ein polnischer Agent zu sein, festgenommen worden. Bei ihm gingen polnische Landleute ein und aus, und das Telefon klang fast ununterbrochen. Sogar mitten in der Nacht wurde Körner an den Apparat gerufen. Die Gespräche führte er dann immer in polnischer Sprache, so daß niemand verstehen konnte, um was es sich handelte. Aus einem der letzten Gespräche war nur zu entnehmen, daß es sich um eine Summe von 2000 M. drehte. Ob nun der letzte Besucher und Mörder Körners mit diesem Gespräch etwas zu tun gehabt hat, wird gleichfalls zurzeit nachgeprüft.

Gegen Aufführungen von Nackttänzen.

Die Berichte geben in letzter Zeit gegen Gastwirte wegen Duldens von Nackttänzen mit empfindlichen Stellen vor. So erstarrte das Schöffengericht Berlin-Mitte kürzlich gegen einen Gastwirt wegen Duldens von Nackttänzen und Ueberschreitung der Polizeistunde auf acht Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. In einem anderen Falle wurde der Verankalter von Nackttänzen zu drei Monaten Gefängnis und die beiden Tänzerinnen zu einem bzw. anderthalb Monaten Gefängnis verurteilt. In der Praxis spielen die Verankalter solcher Darbietungen immer oft nur auf kurze Zeit zu mieten, um dann, wenn ihnen „der Boden unter den Füßen zu weich wird“, zu verschwinden und anderweit daselbst Mandor zu wiederholen.

Revision im Mordprozeß Strauß.

Der vor etwa vier Wochen vor dem Schwurgericht des Landgerichts III gegen die Brüder Strauß und ihre Mitangeklagten bewendete Strafprozeß dürfte in nächster Zeit das Reichsgericht als Revisionsinstanz beschäftigen. Die Verlobte des Emil Strauß, Frau Behrend aus der Guineastrasse, hat gegen das gegen sie ergangene Urteil von 6 Monaten Gefängnis Revision eingelegt. Die verurteilten Brüder Strauß haben von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht und werden im Laufe der nächsten Woche nach dem Justizhaus in Sonnenburg gebracht werden. Beide haben eine sehr lange Strafe zu verbüßen, da an ihnen nicht nur das letzte Urteil zu vollstrecken ist, sondern auch noch eine erhebliche Reststrafe aus früherer Zeit zur Abhängung besteht.

Wahlzettel und Kirche.

Ein eigenartiges, aber bezeichnendes Bild bot sich am Nachmittag des Wahlsonntags den Straßenpassanten, die am Widingerufer entlang gingen und an der Zionskirche vorbei kamen. Aus dem Pfarr- und Diakonissenhaus, das mit der Zionskirche zusammenhängt, waren Gymnasialisten Mengen von Papier heraus. Vorübergehende, die ein frommes Kostalt eines christlichen Jünglingsvereins oder ähnliches aufzutragen glaubten, lösen erkaunt: „Wache auf, deutscher Arbeiter.“ Unter dieser Ueberschrift wird dann in bekannter deutschnationaler Weise über Sozialdemokratie, Republik und alles, was seit der Revolution geschehen ist, hergezogen. Mit der Aufforderung, am 20. Februar deutschnational zu wählen und dem Ruf: „Arbeiter! Organisiert Euch und tretet der deutschnationalen Volkspartei bei“, endet dieser aus dem evangelischen Gemeindehaus geworfene Wahlzettel. — Verschiedene Vorübergehende hielten sich denn auch über diese eigenartige christliche Betätigung auf. Sie mußten sich von den Schülern aus sicherer Höhe sagen lassen: „Das ist hier keine Kirche, die ich nebenan.“ Und ein Herr, der ins Pfarrhaus ging, rief nach oben, man möchte ruhig weiter werfen. Und weiter flogen die Zettel herab.

Der Wahltag ist vorbei, doch diese Wahlzettel sind auch nach der Wahl nicht ohne Interesse. Wir sehen daraus mal wieder, wie es bis auf wenige Ausnahmen um die evangelische „Volk“-Kirche steht. Der Arbeiter geht nicht auf den gewöhnlichen Reim, da soll's in dieser Zeit politischer Unruhe das Wort vom „christlichen Sozialismus“ — auch dieses findet sich in dem Flugblatt — auf dem am Weg über die Kirche fertig bringen.

Für die Zukunft nehmen die Herrschaften vielleicht den guten Rat an, nicht gerade Gymnasialisten zur Verteilung zu benutzen. Einen der guten Sache nützlicheren Eindruck würde es machen, wenn die aus dem Wahlzettel sprechenden „schon ausgewählten Arbeiter“ selbst die Sache besorgen würden. In ihrem deutschnationalen Idealismus tun sie es sicher gern. Sie würden auch sicher nicht den Bürgerkrieg vor einer evangelischen Kirche damit besähen. Arbeiter hätten selbst bei deutschnationaler Gesinnung sich einen besseren Geschmack bewahrt.

Kronsfeldkommis und Gemeindegrundsteuer.

Wegen seiner Veranlagung zur Gemeindegrundsteuer für die Jahre 1914 bis 1918 war zwischen dem Kronsfeldkommis und dem Magistrat von Berlin ein Rechtsstreit entstanden. Dem Kronsfeldkommis gehören einige Grundstücke in der Dorotheenstraße, Prinz-Louis-Ferdinand- und Prinz-Friedrich-Karl-Straße. Dort befinden sich das Verwaltungsgebäude und das Dekorationsmagazin der ehemaligen Hoftheater. Für diese Grundstücke hatte der Magistrat bis zum Jahre 1917 keine Gemeindegrundsteuer verlangt, weil sie als steuerfreie Nebengebäude des Schloßes angesehen worden waren. Als aber der Magistrat zur Uebersetzung gelangt war, daß die Hoftheater nicht als Nebengebäude des Schloßes anzusehen seien, zog er das Kronsfeldkommis für die betreffenden Grundstücke für den Zeitraum von 1914 bis 1918 mit über 25 000 M. zur Gemeindegrundsteuer heran. Nach erfolglosem Einspruch beschritt das Kronsfeldkommis den Weg der Klage im Verwaltungsverfahren und verlangte völlige Freistellung von der geforderten Steuer, weil die Hoftheater nicht den dazu gehörigen Nebengebäuden gemäß § 24c des Kommunalabgabengesetzes zu einem öffentlichen Gebrauche bestimmt seien; ohne die Nebengebäude wäre ein Theatertreiben ausgeschlossen. Der Bezirksausschuß erkannte aber auf Abweisung der erhobenen Klage und betonte, dem Kronsfeldkommis liege kein Anspruch auf Steuerfreiheit gemäß § 24c des Kommunalabgabengesetzes zu. Diese Entscheidung löst das Kronsfeldkommis durch Revision beim Oberverwaltungsgericht an. Der VIII. Senat des Oberverwaltungsgerichts hob auch die Vorentscheidung zum Teil auf und stellte das Kronsfeldkommis für die Steuerjahre 1914 und 1915 von der geforderten Steuer frei, weil sich die Nachforderung auf einen mehr als dreißigjährigen Zeitraum zurückstrecke. Für die Steuerjahre 1916 bis 1918 sei aber die Steuerforderung des Magistrats gerechtfertigt; es kommen vorliegend weiter Staatsgebäude nach auch Nebengebäude des Schloßes in Frage. Die Hoftheater kommen nicht für Zwecke des Schloßes in Betracht; sie seien vielmehr hauptsächlich zur Benutzung durch das Publikum und zur Förderung des Kunstverständnisses geschaffen worden.

Christliche Stellungnahme zum Rapp-Erlebnis.

Für Leute, die mit Gebangbuchliedern einigermaßen Bekantheit wissen, dürfte folgendes Vorkommnis eines starken Interesses nicht entbehren. In einer Gemeindefürsorgeversammlung der Heilig-Kreuz-Gemeinde verwarnte sich der pastorale und sozialistische gerichtete Pfarrer Brande gegen den Vorwurf, daß er seine politische Wirksamkeit mit seiner Amtswirksamkeit verquide. Darauf entgegnete ihm ein Amtsrat, der für sich beanspruchte, der Beistellung der Geistlichen an der Rechtspolitik ebenso kritisch gegenüberzutreten, wie der Beistellung an der Linkspolitik. Pfarrer Brande sei in gleicher Verdamnis wie die nationalstich gerichteten Geistlichen der äußersten Rechten. Denn wenn z. B. der orthodoxe Pfarrer Philipps gegen das christliche Prinzip damit verstoßen habe, daß er am Sonntag nach dem Rapp-Putsch (13. März 1920) keine Gemeinde imontan das Lied „Nun danket alle Gott“ singen ließ, so habe Pfarrer Brande genau denselben Verstoß begangen, indem er ebenso keine Gemeinde zum Gesang des Lutherischen Buhliedes aufforderte: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir, Herr Gott, erhöhr mein Rufen!“

Es gehört doch eine starke Bewußtseinsverwirrung dazu, um in der Zustimmnahme, die eine durch verbrecherische Anschläge im tiefsten erreichte und bewachte Gemeinde bei einem Lutherfeste sucht, eine politische Propagation zu erblicken, verwickelt der, die sich Herr Pfarrer Philipps geleistet hat, wenn er wirklich — vielleicht ist die Tatsache gar nicht wahr! — keiner Gemeinde das Lob- und Preislied „Nun danket alle Gott“ vorspielt.

Reichswegangehörige, die bis zum 31. Dezember 1920 zur Entlassung gekommen sind, haben etwaige Ansprüche auf Gebühren in ihrem eigenen Interesse spätestens bis zum 1. März 1921 bei der zuständigen Abteilungsstelle ihres letzten Truppenteils — oder, falls diese nicht bekannt ist — beim zuständigen Bekehrteinstand geltend zu machen.

In einer öffentlichen Beamtenversammlung, die — einberufen vom Provinzialrat des Deutschen Beamtenbundes — am Dienstag in der Böhmer-Brauerei tagte, sprachen als Referenten Professor Schäding über „Die Unmöglichkeit der Pariser Forderungen“ und Ministerialrat Falkenberg über „Die Auswirkungen des Pariser Diktats auf die Gewerkschaftspolitik“. Professor Schäding führte in seinem Vortrag im wesentlichen folgendes aus: Angesichts der seitherigen Forderungen der Entente lehrt die Frage immer wieder, wiewo es möglich gewesen sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die ganze deutsche Friedensdelegation sei sich einig gewesen, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, und wenn ihr die Schuld beigemessen wird, so ist das eine Verleumdung. Der Redner ging hierauf auf die ungeheuerlichen Kosten, die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen, näher ein und hob hervor, daß auf einen fünfjährigen Haushalt etwa 6—8000 M. jährlich entfallen würden. Diese horrenden Summe aufzubringen, sei einfach unmöglich. Die gegnerische Behauptung, daß es dem deutschen Volke gut gebe, könne höchstens für einen kleinen Bruchteil zutreffen, der weit überwiegende Teil sei arm und werde immer ärmer. Auch den Franzosen und Engländern gebe es nicht gut. Immer mehr zeige sich, daß der Wohlstand des einen Landes von dem des anderen abhängt. Dieser Erkenntnis werde hoffentlich zu einer Verständigung der Völker führen. Am Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die Protest gegen die Pariser Forderungen erhebt und in der ausgesprochen wird, daß auch die deutsche Beamtenschaft bereit ist, zu ihrem Teil an der Wiederanbahnung der von deutscher Seite verurteilten Kriegsschäden mitzuwirken. Sie fordert aber Berechtigung auf für Deutschland und ruft Mann und Frau im Beamtentum zur Abwehr der Vergewaltigung auf.

Die Charlottenburger Wochschule im Brunenwald nimmt auch im kommenden Sommer wieder rüperlich schwache, normalbegabte Schüler der Sexta bis Untertertia und Schülerinnen der entsprechenden Klassen VII bis IV auf. Auskunft erteilt der Direktor der Kaiser-Friedrich-Schule, Geh. Studienrat Dr. Jernstedt, Anseledstraße 24, wochentags zwischen 10 und 11 Uhr. Die Wochschule hat die Aufgabe, körperlich schwächlichen oder schunungsbedürftigen Kindern, denen die Anstrengung eines 5- bis 6stündigen Unterrichts in dem stark besetzten Klassen schadet, Gelegenheit zur Erholung zu geben, ohne daß der Unterricht unterbrochen wird. Geistig mündere Kinder können nicht aufgenommen werden.

Das Entomologische Museum der Stadt Berlin hat aus seine über 1,5 Millionen Insektenarten umfassenden Sammlung eine Ausstellung veranstaltet, die am Sonntag, 27. Februar, von den Mitgliedern des Berliner Wandervereins unter Führung des Direktors Dr. Horn besichtigt wird. Die Richtmittalbesuch ist die Gesellschaft, Berlin 113, Schönlager Str. 4, auf Wunsch kostenlos Programme ab.

Die Bekräftigung-Abteilung der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, in den nächsten Monaten eine Reihe methodisch aufgearbeiteter Lehrfilme zu schaffen. Als erster ist ein Film über den Aufbruch von der Erde bis zur Bildung in Aussicht genommen, der in 5 Abschnitten bei einer Gesamtlänge von etwa 200 Metern das Bild des Aufbruchs in der Natur, die Entstehung eines Himmels, den Aufbruch der Erde in die Welt und die Bedeutung des Himmels für den Menschen überhaupt behandelt. Eine Reihe von Lehrschnitten ergänzen die Naturaufnahmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 24. Februar:

10. Ubr. Abholen des Materials zur „Vorwärts“-Agitation von Boß, Fischer Straße 44.

41. Ubr. Ubr. 5 Uhr. „Vorwärts“-Agitation von der Expedition Josef, Wilhelmshagenstraße 48. u. u.

Morgen, Freitag, den 25. Februar:

101. Ubr. Krepiton. Konsum-Vorleser der 30. Vertauungstraße. Freitag abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Rechenaal der Schule 6, Hildbrandstraße. — Der Redner des Genossenschaftsvereins. Müller.

